



PROJEKTBERICHT

Januar 2018

KoBra
Kooperation Brasilien

Urbane Entwicklungen

Schwerpunkt: Repression an Universitäten und
gegen soziale Bewegungen

von Uta Grunert



PROJEKTBERICHT

Urbane Entwicklungen

von Uta Grunert, Januar 2018



INHALTSVERZEICHNIS

1. Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien	
Brasiliens soziale Bewegungen kämpferisch trotz Rückschlägen und Widerständen	3
Streit wegen Privatisierungsvorhaben der Regierung Temer	
Plataforma Vamos – Ein demokratisches Instrument für Veränderungen in Brasilien	
Porto Alegre: Umsiedlung wegen Flughafenausbau geplant	
São Paulo: Die Besetzung des MTST in São Bernardo do Campo (von Svea Franz)	
Favelakriege in Rio de Janeiro	
2. Schwerpunktthema:	
Repression an Universitäten und gegen soziale Bewegungen	9
3. Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales	11
Politische Kunst - Betty Beiers Erdschollenarchiv dokumentiert Zerstörung im Amazonasgebiet	
KoBra beim Konferenztage der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin	
KoBra Ausblick 2018	

Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien

Brasiliens soziale Bewegungen kämpferisch trotz Rückschlägen und Widerständen

2017 war ein schwieriges Jahr für die soziale Bewegungen und ihren Kampf für mehr Gerechtigkeit in Brasilien. KoBra hat im Laufe des Jahres immer wieder Besuche oder Schreiben von Vertreter*innen brasilianischer nichtstaatlicher Organisationen bekommen. Ihre Berichte handelten von starken Widerständen, die Fortsetzung erfolgreicher Arbeit steht in unterschiedlichen Bereichen auf dem Spiel. Physische Repression erfahren Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, deren Arbeit z.T. durch Polizeigewalt oder Justizprozesse verhindert wird. Auch finanzielle Probleme lähmen die Partner*innen in Brasilien.

Beispielsweise die Weiterfinanzierung des Programms der überlebensnotwendigen Zisternen zur Wasserversorgung im Nordosten, fehlende Mittel für eine freie Presse und kritische Berichterstattung oder einfach nicht gezahlte Löhne in Universitäten und NGOs. Die sozialen Bewegungen werden finanziell ausgehungert. Sich finanziell von staatlichen Programmen abhängig gemacht zu haben, erweist sich derzeit als Pferdefuß. Viele Projekte werden auf Sparflamme zurückgekürzt. Sie werden nicht vollständig eingestellt, um kein Öl ins Feuer des zivilgesellschaftlichen Protests zu gießen. Mit den geringen verbleibenden Mitteln müssen die Organisationen und Bewegungen ihre Wirksamkeit selbst reduzieren, ob sie wollen oder nicht. Die Rückversicherung internationaler Solidarität aus langjähriger Kooperation ist für viele ein wichtiger Anker in diesen stürmischen Zeiten. Gleichzeitig erfahren sie, dass auch deutsche Hilfswerke – trotz allen Verständnisses für die angespannte Situation für Brasiliens soziale Bewegungen – ihre Unterstützung nicht ausweiten, sondern zurückfahren müssen. Der Fokus liegt dort aktuell z.B. wegen der Auseinandersetzung Deutschlands und Europas mit dem Umgang mit Geflüchteten und Fluchtursachen auf anderen Ländern als Brasilien.

Verschlechterung der Menschenrechtslage

Die Brasilienfachtagung Runder Tisch Brasilien brachte Mitte November 120 Teilnehmer*innen nach Hofgeismar, um sich mit Menschenrechtsfragen und der allgemeinen Entwicklung in Brasilien zu beschäftigen. Beunruhigend ist die spürbare Zunahme der Gewalt, die Zahlen von Beobachter*innen belegen. Der Kampf um Landrechte ist für traditionelle Völker und Gemeinschaften genauso wie für Kleinbauern und -bäuerinnen verbunden mit Drohungen, Mord und Einschüchterung. Auf den Staat können Betroffene in den oft hegemonial geprägten Konflikten nicht ausreichend zählen. Die sozialen Sicherungssysteme wurden dramatisch beschnitten, der öffentliche Haushalt eingefroren, Arbeitsrechte abgebaut. „Die Stimmung ist deutlich gedämpfter als im Vorjahr, der Kampfgeist aber immer noch wahrnehmbar“, so ein Teilnehmer der Tagung. *Fora Temer!* hat sich zwar als Parole gehalten, sie lieferte aber keine tragfähigen politischen Alternativen für die Zukunft. Außerdem überstand der machtbewusste Nachfolger von Präsidentin Dilma 2016 eine Reihe von Angriffen auf seine Präsidentschaft unbeschadet.

Eine Neuausrichtung der Bewegung ist notwendig, trotz aller Frustration und Rückschläge. Womöglich sogar gerade deswegen. Back to the roots! „Die sozialen Bewegungen müssen an ihre Basis zurückkehren“, so die Referentin Júlia Castro des ökumenischen Dialogprogramms PAD beim Runden Tisch Brasilien, „ihre politische und aktivistische Arbeit muss wieder lokal ansetzen und von dort aus neu wachsen.“

Alle Referent*innen bestätigten die starke Spaltung der Gesellschaft in der Beurteilung der politischen Lage. Erschreckenderweise seien homophobe und repressive Tendenzen inzwischen gesellschaftlich salonfähig, eine Tendenz, die nicht nur für Brasilien gilt. Der Widerstand dagegen wird allerdings lauter und vernetzt sich: Feminist*innen, Gender-Aktivist*innen und Menschenrechtler*innen formieren sich zu Gruppen mit gemeinsamen politischen Zielen. Ihre Forderungen nach einer offenen, bunten und gleichberechtigten Gesellschaft, in der Vielfalt nicht bekämpft wird, werden nach wie vor auf die Straße getragen.

Welche Veränderung bringen die Wahlen?

2018 wird in Brasilien gewählt. Davon ist derzeit auszugehen. Alle politischen Akteure sind strategisch auf die Wahl und ihren Ausgang fixiert. Das kritisieren wiederum Teile der sozialen Bewegungen. Vereinzelt werden Befürchtungen laut, die Wahlen könnten per Dekret ausgesetzt oder verschoben werden, um Temer ein verlängertes Regieren und die weitere Umsetzung seines neoliberalen Austeritätsprogramms zu ermöglichen. Das Wahlszenario selbst ist immer noch offen. Wird Lula kandidieren? Diese Frage wird sich frühestens am 24. Januar 2018 klären. Die Entscheidung darüber trifft die Justiz, die derzeit seine Verwicklung in Korruptionsaktivitäten in zweiter Instanz prüft. Die Justiz entscheidet somit politisch hochbrisant und übernimmt damit anteilig Verantwortung für die weitere politische Führung des Landes. Denn ein Gegenkandidat kommt aus dem rechten politischen Lager. Mit Bolsonaro könnte sogar ein Kandidat ins Rennen geschickt werden, der als ultrakonservativ einzustufen ist. Zu Brasiliens Geschichte der Militärdiktatur bekennt er sich positiv.

Streit wegen Privatisierungsvorhaben der Regierung Temer

Brasiliens de facto Präsident Temer plant für 2018 eine Privatisierungswelle von 75 Einzelprojekten, die neben der Überführung von Infrastruktur in private Trägerschaft auch die Privatisierung staatseigener Unternehmen wie Eletrobras vorsieht. Unter den vierzehn Flughäfen befinden sich Guarulhos (Sao Paulo), Confins (Belo Horizonte), Brasilia, und Galeao (Rio de Janeiro). Im Rahmen der sportlichen Großereignisse waren sie mit öffentlichen Geldern modernisiert und erweitert worden. Nun soll die Privatisierung die Staatskasse entlasten. Gleiches gilt für 15 Hafenanlagen, zwei Fernstraßen und elf Stromleitungstrassen. Mit der Privatisierung gibt der Staat jedoch die Steuerungsmöglichkeit in den entsprechenden Segmenten ab. Die Preispolitik würde in Zukunft bei Privatunternehmen ausschließlich vom Markt gesteuert, eine soziale Fürsorgepflicht ist nicht zu erwarten. Solches sah z.B. das Gesetz zur Förderung des Pré-Sal von 2010 vor. 30% der Einnahmen aus der Erdölförderung sollten in Bildungsmaßnahmen investiert werden. Das Gesetz wurde inzwischen zurückgenommen. Stattdessen kommt die derzeitige Regierung Firmen mit Steuererleichterungen entgegen, die sich an der Ausbeutung der offshore-Erdölressourcen beteiligen wollen. Petrobrás geriet in die Krise und gab das Vorhaben auf, einen Teil der Erdöleinnahmen für die eigene Bevölkerung sicherzustellen.

Die Legislative sollte schon Anfang Februar über das Vorhaben entscheiden, die Stromerzeugung des Unternehmens Eletrobras auf den freien Markt zu werfen. Die Regierung hatte den Jahreswechsel genutzt, um das Vorhaben auf die politische Agenda zu setzen. Juristischer Widerstand ist zu dieser Zeit geringer als sonst. Die Opposition drängte daher im Gegenzug auf eine vorherige

Volksabstimmung. Von verschiedenen Gerichten kamen Widersprüche gegen das Privatisierungsvorhaben. Es ist daher wahrscheinlich, dass sich der Zeitplan bis 2019 verschiebt, um das Vorhaben umzusetzen. Die Privatisierung von Eletrobras beinhaltet auch den Verkauf von Firmen wie Furnas (Stromversorger Brasília, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Mato Grosso, Minas Gerais etc.) der Stromerzeugung aus Wasserkraft am São Francisco (Chesf), Eletronorte und Eletrosul. Kritiker*innen fürchten landesweite Unsicherheiten in der Stromversorgung, sollte der Staat seine Zuständigkeit und Autarkie aus dem Sektor abziehen. Für Amazonien wird außerdem eine neue Destabilisierung vorausgesagt, die bis hin zu militärischen Fragen an den Außengrenzen problematisch werden könnte. Eletrobras versorgt im Amazonasgebiet aktuell über 700 Munizipien mit Strom und erreicht damit über eintausend Ortschaften. Kritiker mahnen an, dass sich der Stromkonzern nicht in der Krise befinde, er müsse nicht abgestoßen werden, um die Staatskassen zu entlasten. 20 Milliarden Reais (xx Euro) werden als Kaufpreis gehandelt, laut Gilberto Cervinski¹ von der Bewegung der Staudammvertriebenen MAB wird hier unter Wert verkauft. Die Summe stelle nur 8% des Wertes dar. Allein das neue Wasserkraftwerk Belo Monte habe einen Wert von 30 Milliarden Reais. Im Fall von Belo Monte mit einer neuen Wasserkraftanlage würden die betroffenen Anwohner*innen zweimal die Zeche zahlen. Beim Bau sind massive Umweltschäden entstanden, die in den Folgejahren kompensiert werden sollten. Um viele Einzelfragen der Entschädigung wird vor Gericht noch gestritten. Mit einer Privatisierung des Wassersektors würde sich die Situation der Betroffenen verschlechtern. Außerdem nähme man der brasilianischen Bevölkerung die Rendite, die man ihnen für die nächsten 30 Jahre in Form von günstigen Stromkosten zugesagt habe.

Die Nachteile bekämen die Bürger*innen hinterher zu spüren, so Ikaro Chaves², von der Gewerkschaft *Urbanitários do Distrito Federal* (STIU-DF). Der Gewerkschafter prognostiziert im Falle der Privatisierung von Eletrobras einen Anstieg der Stromtarife um 17%.

Landesweit kommt es in vielen Städten Brasiliens zu Demonstrationen gegen die Privatisierung des Stromsektors. Gewerkschafter*innen, Mitglieder der Staudambewegung MAB und Bürger*innen stemmen sich gegen die so genannten Reformen der Regierung, die nur noch bis zur Wahl im Oktober regiert und ihre Vorhaben mit hohem Zeitdruck vorantreibt. Neben den umstrittenen Privatisierungen geht es um Einsparungen in der sozialen Absicherung und einer Modifikation des Abtreibungsrechts im Vergewaltigungsfall (PEC 181).

Plataforma Vamos – Ein demokratisches Instrument für Veränderungen in Brasilien

Brasilien hat sehr aktive soziale Bewegungen. Die Vielfalt der Themen und lokalen Kämpfe und die Größe des Landes führen jedoch dazu, dass ein gemeinsames Auftreten schwierig ist. Im Wahljahr 2018 scheint es umso wichtiger, mit einer Stimme zu sprechen. Von August bis November 2017 wurde das Diskussionsforum Vamos³ ins Leben gerufen. Über vier Monate lang wurden in 24 Städten 55 Debatten zu verschiedenen Themenachsen (z.B. demokratischer Umgang mit Territorien und

¹ <https://www.brasildefato.com.br/2017/09/15/privatizacao-ira-gerar-novo-apagao-dizem-entidades/>

² <https://www.brasildefato.com.br/2018/01/13/privatizacao-da-eletronorte-sera-uma-das-primeiras-batalhas-do-ano-legislativo/>

³ <http://vamosmudar.org.br/o-que-e/>

Umweltfragen; Identität; Politik und Macht; Wirtschaft etc.) in einen demokratischen Konsens überführt. Beteiligt haben sich über 130.000 Personen unterschiedliche Bewegungen, die sich der politischen Linken zuordnen: Obdachlosenbewegung MTST, Indigene, Arbeiter*innen, Kommunikations- und Kulturinteressierte, Feministinnen, Mitglieder der Schwarzen-Bewegung, der LGBTI*Q-Bewegung. Ende November wurden die Ergebnisse des Prozesses in Recife vorgestellt. Obwohl die Skizze notwendiger Veränderungen für ein gerechteres und demokratisches Brasilien aus linker politischer Sicht noch nicht perfekt ist, zeichnet sich doch ein gemeinsames Projekt ab.

Inzwischen hat sich auch die Linke für die erneute Kandidatur Lulas ausgesprochen, ungeachtet der Kritikpunkte am früheren Regierungsstil und der Ausrichtung seiner Politik. Es gelte, der de facto Regierung Einhalt zu gebieten. Dies müsse 2018 oberste Priorität haben. Immer wieder sind Demonstrationen und Proteste auf den Straßen angekündigt. Am 24. Januar wird von der Justiz das Urteil in zweiter Instanz über Lulas Aussichten als Präsidentschaftskandidat erwartet. Auch vor der Abstimmung über die so genannte Rentenreform, die für Anfang Februar angesetzt ist, werden Proteste erwartet. Gegen diese Sparmaßnahme waren vor Weihnachten Aktivist*innen des Kleinbauernverbandes MTA sogar für mehrere Tage in Hungerstreik getreten.

Porto Alegre: Umsiedelung wegen Flughafenausbau geplant

Die deutsche Firma Fraport hat im Januar für 25 Jahre den Flughafen Aeroporto Internacional Salgado Filho von Porto Alegre übernommen und verspricht Investitionen⁴. So soll die Landebahn auch für größere Flugzeuge erweitert werden. Dafür müssen bis Oktober 2019 6.500 Menschen der angrenzenden Favelas zwangsumgesiedelt werden. Doch diese wehren sich.

Seit in Brasilien ab 2008 die ersten Planungen für gigantische WM-Infrastrukturprojekte im ganzen Land aus dem Boden sprossen, war der Ausbau des Flughafens von Porto Alegre, Salgado Filho, ausgemachte Sache. Der Ausbau der Landebahn sei nötig, damit auf dem internationalen Flughafen auch größere Maschinen landen und starten könnten. So würde die bestehende Piste, die 2.280 Meter lang ist, auf 3.200 Meter verlängert werden. Doch dafür müssten 1.500 Menschen der angrenzenden Favela Vila Dique und die 5.000 Menschen der sich ebenfalls dort befindlichen Favela Nazaré zwangsumgesiedelt werden. Zwischen 2009 und 2012 wurden aus der Vila Dique die ersten 900 Familien, knapp 4.000 Menschen, umgesiedelt. Doch die restlichen Familien, von denen viele dort seit 40 Jahren leben, weigerten sich. Denn schnell sprach sich herum, wie das neue Wohnviertel aussah, in das die umgesiedelten Familien gezogen waren.

Sheila Mota ist Vorsitzende der Anwohner*innenvereinigung der Widerstandsbewegung Vila Dique Resiste. Gegenüber Medien berichtete sie, dass die Ersatzhäuser mit 38 Quadratmeter viel zu klein für die zwangsumgesiedelten Familien waren, die oftmals zu zehnt dort wohnen mussten. „Von diesen 900 Familien sind etliche wieder zurück zur Vila Dique gekommen“, sagt Sheila Mota. „Da in Porto Novo gibt es zu viel Gewalt und keine Arbeit. Und der Transport erst: Viele müssen zwei Busse nehmen, um zur Arbeit zu kommen.“ Die meisten arbeiten, so Mota, als Müllsammler*innen oder in Recyclingfabriken, dies sei in der neuen Gegend aber nicht möglich. „Die meisten hier arbeiten mit

⁴ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/2016die-wollen-uns-an-die-peripherie-abschieben201c>

Recycling, das ist unser täglich Brot. Dort in Porto Novo gibt es keine Jobs in der Recycling-Branche, kein Auskommen“, sagt Mota. Die ersten hundert Bewohner*innen der neuen Wohngegend von Porto Novo sind wieder zurück in die Vila Dique gezogen. Dort in der Vila Dique ist die Infrastruktur seit den ersten Zwangsumsiedlungen aber massiv schlechter geworden. Eine der ersten Handlungen der Präfektur war die Schließung des örtlichen Gesundheitspostens. Denn schließlich hatte die Politik entschieden, dass die Vila Dique der Flughafenpiste Platz machen sollte. Doch diese Rechnung war ohne die Bewohner*innen gemacht worden. „Wir wohnen hier seit 40 Jahren und seit fünf Jahren leisten wir Widerstand“, sagt Sheila Mota. „Wir wollen aber den Politikern und den Ämtern zeigen, dass wir zur Stadt gehören! Dass wir hier unten auch ein Recht auf Stadt haben!“ Denn nur hier in der Vila Dique und der ebenfalls an den Flughafen angrenzenden Vila Nazaré gäbe es die Infrastruktur, die die Bewohner*innen bräuchten. „Wir wollen das gleiche Recht wie die Reichen haben, nahe an unseren Arbeitsplätzen zu wohnen. Wir wollen nicht durch die ganze Stadt fahren müssen. Wir wollen nicht an der Peripherie der Peripherie der Stadt leben!“, so Mota. So haben sie die Staatsanwaltschaft und Aktivist*innen kontaktiert und leisten seit 2009 Widerstand gegen die Räumungsandrohungen der Stadt. Die Staatsanwaltschaft klagt gegen die gerichtlichen Androhungen der Zwangsräumungen, und Architekten setzen sich mit den Anwohner*innen zusammen, um alternative Widerstandspläne zu erarbeiten, die vielleicht den Verbleib der *comunidades* ermöglichen könnten.

Claudia Favaro ist Architektin und erarbeitet einen Plan, um das ganze Gelände vor Räumung zu schützen. Dies könnte nur klappen, wenn es gelänge, vor Gericht einen Landtitel zu erlangen. So einen Landtitel gibt es nur, wenn die *comunidade* das Gericht von der gesellschaftlichen Bedeutung von Lage und Struktur der *comunidade* überzeugen kann. Dann wäre eine Räumung gerichtlich schwer durchzusetzen. Aber in Brasilien gab es auch schon viele Fälle, wo eine solche Sozialdemarkation von Gegenden erst vor Gericht erstritten wurde, aber Politiker*innen später das Ganze wieder aufhoben. Der Kampf um die Vila Dique und Vila Nazaré geht weiter. Bislang lagen die Ausbaupläne für die Flugpiste brach, auch weil die Geldmittel dafür fehlten. „Nun aber wird es aller Voraussicht nach ernst“, sagt Sheila Mota, „denn nun haben sie den Flughafen an die deutsche Firma verkauft“. Der deutsche MDAX-Konzern Fraport hat zum 1. Januar 2018 den Flughafen Aeroporto Internacional Salgado Filho von Porto Alegre für 382 Millionen Reais (umgerechnet 98 Millionen Euro) übernommen. Der Pachtvertrag läuft über 25 Jahre. Die Fraport AG wird mehrheitlich vom Land Hessen (31,32 Prozent), der Stadt Frankfurt (20 Prozent) und der Lufthansa (8,45 Prozent) kontrolliert. Der Flughafenbetreiber verspricht Investitionen in Höhe von mindestens 600 Millionen Reais, einige Medien in Brasilien spekulierten gar über Investitionen in Höhe von knapp zwei Milliarden Reais. Was aber klar ist: Wird die Landepiste wie vorgesehen erweitert, dann werden die 6.500 Menschen der Favelas Vila Dique und Vila Nazaré zwangsumgesiedelt werden. Der vorgesehene Stichtag dafür ist Oktober 2019. Die Anwohner*innen wollen sich aber so leicht nicht geschlagen geben. „Wir haben den Bürgermeister mehrmals kontaktiert, um darüber zu reden. Aber der empfängt einfach niemanden [von uns]“, sagt Sheila Mota. „Das einzige, was wir von ihm gehört haben, war, dass er mit den Deutschen das Geschäft abschließt.“ Für die Chefin der Anwohner*innenvereinigung ist das Ganze ein abgekartetes Spiel. „Die wollen einfach, dass wir klein begeben“, sagt Sheila Mota. „Die wollen die *comunidade* vertreiben. Haben wir nicht auch das Recht, nahe der Stadt zu wohnen? Das Ganze ist so hässlich. Reine Immobilienspekulation. Der Grund und Boden, wo jetzt unsere Vila Dique steht, die ist heute Gold wert. Die großen Filetstücke wurden schon von den Firmenbossen aufgekauft. Deshalb wollen sie, dass wir da an die Peripherie der Stadt abgeschoben werden, nur deshalb.“

São Paulo: Die Besetzung des MTST in São Bernardo do Campo⁵ (von Svea Franz⁶)

Eine halbe Autostunde vom Zentrum São Paulos entfernt, befindet sich eine der größten Zeltstädte des Kontinents. Auf 60.000 m² harren um die 3.600 Familien bei wechselweise Regen und unerträglicher Hitze in ihren improvisierten Bleiben aus. Aus Holzpfehlern und Plastikplanen haben sie im September letzten Jahres innerhalb weniger Stunden Schlafplätze, Gemeinschaftsküchen und Toilettenhäuschen in die Höhe gezogen. Zwischen den Bauten ragt alle paar Meter eine rote Fahne in die Höhe. Es handelt sich um die größte Besetzung der Bewegung der obdachlosen Arbeiter*innen (MTST - *Movimento dos trabalhadores sem teto*), das *Povo Sem Medo São Bernardo do Campo*. Wer hier wohnt, protestiert gegen das Kapital, das die arbeitende Bevölkerung aus den zentrumsnahen Wohngebieten vertreibt und einen Staat, der im kapitalistischen Interesse handelt. Durch steigende Mieten und die andauernde wirtschaftliche Krise können sich immer mehr arme Familien keine würdige Unterkunft mehr leisten und sind gezwungen auf der Straße oder in Favelas weit ab der Wirtschaftsmetropole zu leben. Mit der Besetzung des leerstehenden Grundstücks, das einer Baufirma gehört und seit 40 Jahren nicht genutzt wird, wollen die vorwiegend schwarzen Bewohner*innen auf diesen Missstand aufmerksam machen und die Regierung an die Verfassung von 1988 erinnern. Diese besagt, dass Häuser und freie Flächen eine soziale Funktion erfüllen müssen. Ist dies nicht der Fall, können die Eigentümer*innen enteignet werden. Genau dafür sprechen sich die Bewohner*innen der Zeltstadt aus. Das Gelände soll in die öffentliche Hand übergehen um darauf Wohneinheiten des Wohnungsprogramms *Minha Casa, Minha Vida* für Familien mit besonders niedrigem Einkommen zu bauen.

Seit sich die urbane Reformbewegung MTST⁷ im Jahre 2000 von der Landlosenbewegung MST abgespalten hat, besetzt sie leerstehende Grundstücke in städtischen Gebieten bundesweit und gilt heute als eine der wichtigsten linken Stimmen des Landes. In Zeiten eines massiven Rechtsrucks der brasilianischen Politik, steht die Bewegung für basisdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten und bürgernahe Politiken ein. Dabei trifft sie auf viel Widerstand seitens der Öffentlichkeit und der Regierung. Lokale Ordnungskräfte erschweren das tägliche Leben indem sie willkürlich die Zufahrtsstraße blockieren, um die Anlieferung zu erschweren. Alle Spenden an Essen und sonstigen Nutzgegenständen so wie auch Wasser muss die letzten Meter auf eine Anhöhe geschleppt werden und das, obwohl eine Straße bis vor die Tore der Besetzung führt.

Die Besetzung wird von Demonstrationen und Märschen begleitet, um den Druck auf den Gouverneur des Bundesstaates São Paulo, Geraldo Alckmin, zu erhöhen. Zuletzt wanderten die Bewohner*innen und etliche Sympathisant*innen 23 km von der Besetzung bis zum Regierungspalast. Derzeit verhandeln die Vorsitzenden der Bewegung, allen voran Guilherme Boulos,

⁵ <https://www.brasildefato.com.br/2017/11/01/organizacao-e-resistencia-os-2-meses-da-ocupacao-povo-sem-medo/>

⁶ Svea Franz absolviert ein Praktikum in der Geschäftsstelle. 2017 war sie in Brasilien und hat in São Paulo gelebt.

⁷ <http://www.mtst.org/>

mit der Landesregierung São Paulos über die Zukunft des Grundstücks, aber selbst nach mehreren Runden konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Favelakriege in Rio de Janeiro

Nachdem die sportlichen Megaevents WM und Olympia die Stadt Rio de Janeiro verlassen haben, hat sich die Sicherheitslage in Favelas erneut verschlechtert. Die vorübergehend abgewanderten Drogenbanden (vor allem das *comando vermelho*) sind zurück und die Gewalt auf den Straßen hat wieder zugenommen. Nach Angaben des brasilianischen Forums für öffentliche Sicherheit gab es im Staat Rio de Janeiro 2016 mit über 4500 Tötungen einen Anstieg der Gewalt auf offener Straße um 20%. Im Februar 2017 war dieser Vergleichswert zum Vorjahreszeitraum sogar auf über 24% gestiegen.

Im September 2017 war das Militär mit fast 1.000 Soldaten in die mit geschätzten 70.000 Einwohner*innen größte Favela der Stadt, Rocinha, eingerückt, nachdem es dort wiederholt zu Schießereien und Tötungen gekommen war. Auch die Polizei ist immer wieder an tödlichen Übergriffen beteiligt. Neben Polizei und Drogengangstern sind bewaffnete Milizen in die tödlichen Schießereien verwickelt. Bewohner*innen werfen den brutalen Polizeieinheiten vor, zu schnell zu schießen – oft, ehe überhaupt eine Abklärung der weiteren Umstände vorgenommen wurde. 2017 wurden in Rio de Janeiro über 700 Menschen durch die Polizei erschossen. Viele von ihnen junge schwarze Männer aus der Favela. Die Polizei ist allerdings auch Opfer von Gewalttaten. 2017 wurden bei Schusswechseln 130 Polizisten getötet. Die UPPs sind längst überfordert, jedoch will niemand einsehen, dass die Gewalt nicht mit weiterer Gewalt beendet werden kann.

Anfang Dezember konnte ein führendes Mitglied einer Drogenbande festgenommen werden. Unter verschiedenen Mitgliedern der Banden war der bewaffnete Machtkampf erneut eskaliert. Die Bewohner*innen sind auf der Straße immer weniger sicher und fühlen sich zwischen den bewaffneten Fronten allein gelassen. Sie fordern allerdings auch Mitspracherechte bei der Suche nach Ursachen und Lösungen für die Gewalteskalation in ihrem Lebensumfeld. Die Politik müssen den Jugendlichen in den Favelas Perspektiven aufzeigen, um Alternativen zum Weg in die Kriminalität aufzubauen.

Im November wurden Favelas in Niteroi Schauplatz von tödlichen Schießereien. Die Sicherheitspolitik der UPPs, der sogenannten Befriedungseinheiten, scheint gescheitert. Immer wieder waren sie mit der Favela-Bevölkerung in Konflikt geraten. Nicht zuletzt ist zu befürchten, dass der Bundesstaat sich nach dem Abzug der touristischen Weltöffentlichkeit das Sicherheitspaket für Armenviertel nicht länger leisten will.

Da Rio de Janeiro über kein Konzept der Deeskalierung oder Aufklärung verfügt, um die tödlichen Übergriffe in den Favelas in den Griff zu kriegen, sprechen Journalisten bereits von einem Favelakrieg, der geführt wird. In der Kriegslogik spielen einzelne Opfer keine Rolle mehr. Tödliche Gewalt wird als Normalität hingenommen. Knapp 850 Gebiete seien die von der organisierten

Kriminalität beherrscht, ohne dass der Staat dagegen vorgehe. Führend genannt für einen Anstieg der Konflikte seien, neben der Rocinha⁸, die Cidade de Deus und andere Favelas.

Auf Bundesebene sind die Ausgaben für innere Sicherheit um 17% gesunken. Die Politik hat keine Antwort auf das landesweite Gewaltproblem.

Schwerpunktthema:

Repression an Universitäten und gegen soziale Bewegungen

Ist es verboten, die zu erwartenden Folgen des Interesses des kanadischen Minenbetreibers Belo Sun am Goldvorkommen im Amazonasgebiet nahe des Rio Xingus an der Universität von Belém zu diskutieren? Man könnte es meinen. Zumindest erscheint die freie Meinungsäußerungen an wissenschaftlichen Bildungsstätten in Brasilien nicht mehr grundsätzlich gewährleistet, worauf mehrere Institute verschiedener Unis mit Protestnoten und Solidaritätsbekundungen reagiert haben⁹.

Professorin Rosa Acevedo Marin wollte gerade eine neue Studie „Die offenen Adern der großen Flussschlinge des Xingu¹⁰“ (As veias abertas da volta grande do Xingu) im Rahmen eines zweitägigen Seminars vorstellen. Die Studie ist unter Mitwirkung von Reporter Brasil und Wissenschaftler*innen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen. Sie analysiert Auswirkungen der geplanten Mine auf die Region, beispielsweise die notwendige Infrastruktur eines solchen neuen Großprojekts. Belo Sun will südwestlich an die Volta Grande angrenzend im Tagebau (auf Portugiesisch „am offenen Herzen“) Gold gewinnen. Das zu erwartende Szenario ist aus der Region Carajás bekannt, wo man für den Eisenerzbau riesige Landschaften in offene Krater verwandelt hat. Die Wissenschaftler bezweifeln, dass das Ökosystem erneut ein solches Großprojekt verkraften kann. Die negativen sozioökonomischen und ökologischen Folgen dieses neuen Eingriffs betreffen zudem die Lebensgrundlage von Indigenen und Flussanwohner*innen am Xingu. Die Studie dokumentiert im Detail betroffene Gemeinschaften, lokale indigene Völker auf ausgewiesenem Territorium, wirtschaftliche Auswirkungen, ungeklärte Landfragen sowie die Auswirkungen des Staudamms Belo Monte auf den ca.100 km langen Flussabschnitt, der 14 Kilometer von der Staumauer Belo Monte entfernt liegt. Durch die Ableitung des gestauten Xingus zu den Turbinen kommt auf dieser Länge nur noch 80% der bisherigen Wassermenge an. Das verändert die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung drastisch. Die geplante Mine würde die Zerstörung weiter vorantreiben und langfristig die Menschen vertreiben, liegt sie doch z. B. weniger als 10 km entfernt von indigenem Territorium.

Während des Seminars war es zu Repression und Ausschreitungen durch den PSDB-Bürgermeister Dirceu Biancardi des Ortes Senador José Porfírio aus dem Südwesten Pará gekommen, der zusammen mit 40 köpfiger Unterstützung und Polizeibegleitung das Seminar aufsuchte, um dort

⁸ <https://favelawatchblog.com/tag/complexo-do-alemao/>

⁹ <http://ifch.ufpa.br/index.php/noticias/3206-nota-de-solidariedade-a-profa-rosa-acevedo-marin>

¹⁰ <https://reporterbrasil.org.br/wp-content/uploads/2017/11/as-veias-abertas-da-volta-grande-do-xingu-1.pdf>

seine Unterstützung für den kanadischen Minenkonzern kundzutun und die Anwesenden einzuschüchtern¹¹. Die Wissenschaftler*innen der Bundesuniversität von Belém/Pará UFPA gaben in ihrer Anzeige bei der Bundesstaatsanwaltschaft an, dass sie gemeinsam mit den Teilnehmer*innen festgehalten worden sei, nachdem sie die Veranstaltung beendet haben.

Wenige Tage zuvor war es zu einem ähnlichen Auftreten der grenzüberschreitenden Machtdemonstration des Politikers bei einer öffentlichen Anhörung in Vila da Ressaca¹², einem Dorf von traditionellen Goldgräbern, gekommen. Die Aktivist*innen u.a. des Bündnisses Xingu vivo para sempre befürchten, dass eine Unterbindung der Aufklärung über die gravierenden Folgen des Goldabbaus von Belo Sun das Ziel ist. Was nicht verwundert, wenn man sich die Faktenlage genauer ansieht: Das Goldvorkommen wurde an zwei Stellen in je bis zu zweihundert Metern Tiefe festgestellt. Zwei riesige Gruben würden dafür ausgehoben werden, was wiederum entsprechend hohe Abraumberge zur Folge hätte. Zur Sicherung des Abraums wird der Bau eines weiteren Damms erwartet, der größer als der gebrochene Damm von Mariana würde. Unverständlicherweise beabsichtige Belo Sun zudem die Zusammenarbeit mit derselben Firma und demselben Ingenieur für Sicherheitsfragen, die bei der Umweltkatastrophe um den Dambruch von Mariana versagt haben. Der Goldabbau vor Ort hätte mit knapp 480 m³/Stunde einen enormen Wasserverbrauch, was bei der bereits durch Belo Monte entstandenen Wasserknappheit eine weitere Verschärfung für die Bewohner*innen der Region darstellen würde.

Die Einflussnahme durch Politik und Polizei im universitären Bereich ist kein Einzelfall. Ende 2017 wurde der Direktor und die Vize-Direktorin der *Universidade Federal de Minas Gerais UFMG*¹³ in Belo Horizonte zusammen mit einer Gruppe von Wissenschaftler*innen von der Bundespolizei vorübergehend festgenommen. Streitpunkt war im Vorfeld der Vorwurf der teilweisen Veruntreuung von 19 Millionen Reais aus öffentlichen Mitteln für ein Museum zur politischen Amnestie Brasiliens. Die Universitätsleitung sah in der Anklage und dem demonstrativen polizeilichen Vorgehen ein politisches Signal sowie eine beabsichtigte Kriminalisierung. Das militante Vorgehen gegen die Leitung der Universität wurde als Beschneidung von Erinnerungskultur und Demokratie gewertet. Man sende damit das Signal, dass eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschehnisse unter der Militärdiktatur und ein wacher Geist gegen das erneute Erstarken reaktionärer Kräfte politisch nicht opportun seien. Die Angeklagten wurden kurze Zeit später wieder frei gelassen, nachdem Universitätsmitglieder und Gewerkschafter gegen das Vorgehen demonstriert hatten.

Mit dem Vorgehen werde außerdem die bis dato verfolgte Bildungspolitik öffentlicher Universitäten bewusst diskreditiert. Unter der linken Arbeiterpartei wurde bislang wenig vertretenen Gruppen (z.B. Indigenen, Quilombol@s) der Zugang zu universitärer Bildung durch eine Quotenregelung ermöglicht. 17 neue Bundesuniversitäten und Stipendien ermöglichten einen deutlich gerechteren Bildungszugang als zuvor. Inzwischen sind die Stipendien abgeschafft und die Mittel für die

¹¹ <http://novacartografiasocial.com/em-entrevista-a-el-pais-professora-rosa-acevedo-marin-conta-como-foi-a-agressao-do-prefeito-de-jose-porfirio-pa-aos-pesquisadores-que-debatiam-belo-sun-no-campus-da-ufpa/>

¹² <http://www.xinguvivo.org.br/2017/11/30/um-prefeito-belo-sun-e-as-veias-arrebentadas-da-volta-grande-do-xingu/>

¹³ https://www.em.com.br/app/noticia/gerais/2017/12/06/interna_gerais,922419/pf-faz-operacao-contradesvio-de-dinheiro-em-obra-da-ufmg.shtml

Universitäten drastisch gekürzt. Damit geraten fortschrittliche Bildungspolitik und kritische Aussagen unter den aktuellen politischen Umständen an vielen Orten unter Beschuss. Zu unbequem sind womöglich den Regierenden die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zu ungewünscht die Vorstellung, Arbeiter*innen, Schwarze und Indigene in gut ausgebildeten Berufen wiederzufinden.

Die Kriminalisierung sozialer Bewegungen und offene Gewalt sind ebenfalls häufig angewandte Instrumente im politischen Machtkampf. Beobachter*innen aus deutschen NROs berichten, dass die offene Gewalt gegen bekannte Sprecher*innen der Bewegung inzwischen häufig auf Familienangehörige derselben abziele. Die Aktivist*innen werden durch den schmerzlichen Verlust gelähmt und eingeschüchtert, ohne dass die Fälle medial Verbreitung finden. Oft ist das Vertrauen in die lokale Polizei und Justiz so stark erschüttert, dass es nicht einmal zu einer Strafanzeige kommen kann. Auf diese Weise wurde sowohl der Bruder¹⁴ einer Aktivistin vom Bündnis *Xingu vivo para sempre* als auch der Sohn einer Referentin eines früheren Runden Tisches Brasilien aus dem Amazonasgebiet erschossen.

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

Politische Kunst - Betty Beiers Erdschollenarchiv dokumentiert Zerstörung im Amazonasgebiet

Kann Kunst den Blick auf die Welt verändern und damit eine politische Dimension erreichen? Joseph Beuys und andere haben daran geglaubt, politische Theatermacher wie Augusto Boal, Dichter und Schriftsteller wie Luiz Ruffato ebenfalls. Was aber ist ein Erdschollenarchiv?

Seit 1997 dokumentiert die Künstlerin Betty Beier den Verlust von Landschaften und die Rebellion dagegen in einem Archiv mit dreidimensionalen Erdschollen. Mit Hilfe eines aufwändigen Verfahrens konserviert sie in ausgewählten bedrohten Landschaften jeweils einen Quadratmeter der Erdoberfläche. Ein Abdruck verschwindender Lebenswirklichkeit kann so festgehalten und vor der absehbaren Zerstörung gerettet werden.

2014-2016 hat sie mehrere Wochen am Xingu im Amazonasgebiet gearbeitet. Von April bis Juli 2018 wird die in der Pfalz lebende Künstlerin im Rahmen einer Einzelausstellung erstmalig ihre Eindrücke vom Rio Xingu im Amazonasgebiet in der Katholischen Akademie von Freiburg zeigen. Ihre künstlerische Arbeit mit den Erdschollen erfordert, dass sie sich intensiv mit dem Boden, der Landschaft und den Menschen beschäftigt, genau hinsieht und die Erzählungen der lokalen Bevölkerung einfängt. „Der Boden wird vom Menschen selten wahrgenommen“, sagt die Künstlerin, „dabei ist er ein Spiegel unserer Zeit“. Ihre Arbeit thematisiert beispielsweise die erzwungene Umsiedlung von Antônia Melo, die neben Bischof Erwin Kräutler eine der zentralen Figuren des Widerstands gegen das Großprojekt darstellt. Jahrelang hatte sie gegen das Monsterprojekt und für die Rechte der betroffenen Bevölkerung gekämpft, sich zu ihrem Anwalt gemacht. Fischer, für die sich die Voraussetzung zum Überleben mit einem gestauten und teilweise abgeleiteten Fluss völlig verändert hat. Wasserqualität, Umwälzung und Sauerstoffgehalt ändern sich, wenn der Fluss nicht mehr frei fließen darf. Flussanwohner*innen, die in der fruchtbaren Flussaue kleinbäuerliche

¹⁴ <http://www.xinguvivo.org.br/2017/10/17/luto-no-tingu-vivo-o-estado-matou-meu-irmao/>

Landwirtschaft betrieben und ein enges Verhältnis zu jedem Baum hatten, der Früchten und Nahrung abgab. Indigene und andere Bewohner*innen der großen Flussschleife weiter im Süden, denen man durch die Ableitung für das Betreiben der Turbinen das Wasser abgegraben hat. Als Betty Beier sie 2016 besucht, ist es für den Bootsführer wegen des gesunkenen Wasserstands bereits schwierig, in die Gebiete der Indigenen an der großen Flussschleife zu gelangen. Sie klagen darüber, dass das Wasser nun weiter weg und schwieriger zu erreichen sei, dass umgekehrt bei geschlossenen Turbinen der Rückstau dazu führe, dass das Wasser höher als früher ansteige.

Obwohl der Staudamm selbst nicht abgewendet werden konnte, lassen sich die Widerstandskämpfer*innen nicht unterkriegen. Juristischer Beistand bei der Dokumentation des Unrechts wurde geleistet, Entschädigungen erstritten. Erfahrungen werden an Umweltaktivist*innen an anderen Flüssen des Amazonasgebiets weitergegeben, an denen die Planungsvorhaben für Staudambauten angelaufen sind. Unerschrocken und unerbittlich, selbst wenn die eigene Umsiedlung sich nicht abwenden lässt. Betty und viele andere waren beeindruckt von der ungebrochenen Haltung der Frauen des Bündnisses, weiterzukämpfen. Das Unrecht beim Namen zu nennen, das ihnen wiederfahren ist. Die brasilianische Regierung, deutsche und europäische Konzerne wie Voith Hydro und Siemens – sie alle stehen am Pranger der Geschichte. Zeugnis davon gibt eine Erdscholle, die Betty von dem Gelände genommen hat, auf dem kurz vorher noch Antonias Haus mit großen Mango- und Buritibäumen im Garten gestanden hatte. Scherben des zerschlagenen Gemäuers sind zu sehen, ein forensisches Zeitdokument der Zerstörung, aber auch des ungebrochenen Widerstands dagegen. 2017 wurde diese Erdscholle im Rahmen der Ausstellung „Naturliebe - erneuerbare Haltungen“ im Kunstverein Walkmühle, Wiesbaden gezeigt. Im Oktober 2017 wurde Antônia Melo mit dem Menschenrechtspreis¹⁵ der Alexander Soros Foundation ausgezeichnet.

KoBra beim Konferenztag der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Wissenschaftler*innen und Akteure aus Politik, Rechtswesen, Wirtschaft, Internationale Beziehungen und Zivilgesellschaft trafen sich zu einem Austausch über die aktuelle Einschätzung der innenpolitischen und außenpolitischen Lage Brasiliens: *Brazil Inside Out - Brazilian Domestic and Foreign Affairs Today*. Die Perspektive der Diskussion wechselte vom Blick nach innen, zu Aktivitäten Brasiliens in der Region hin zum globalen Maßstab, um schließlich bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland bzw. EU und Brasilien zu landen.

Michel Temer hat seine Politik neoliberal ausgerichtet, die geschwächte Wirtschaft soll über sogenannte Reformen neu in Schwung gebracht werden. Innerhalb eines Jahres legte die Regierung Maßnahmen zur Deckelung der Ausgaben des Öffentlichen Haushalts für 20 Jahre sowie zahlreiche Eingriffe ins Arbeitsrecht. Außerdem wurden Einsparungen in der Sozialversicherung beschlossen.

Unstrittig waren die Expert*innen in der Einschätzung, dass eine Überarbeitung der Staatsausgaben nötig geworden war, weil das System sonst kollabiert wäre. Die Art und Weise und die Zielrichtung der aktuellen Austeritätspolitik wurde jedoch scharf kritisiert, ihre Folge sei ein neuer Anstieg der Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft. Brasilien gehört weltweit zu den zehn Ländern mit der

¹⁵ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/antonia-melo-von-xingu-vivo-para-sempre-mit-menschenrechtspreis-geeht>

größten Ungleichheit. Verwunderung äußerten europäische Beobachter*innen darüber, dass der Widerstand aus der Bevölkerung trotz Generalstreik zahlenmäßig eher verhalten ausgefallen sei – angesichts der folgenschweren Eingriffe. Dies wurde auf eine steigende Politikverdrossenheit und den Vertrauensverlust in politische Lösungsansätze zurückgeführt. Schließlich werden im Rahmen der Korruptionsuntersuchungen um den *Lava Jato* Skandal derzeit Politiker aller Parteien, Unternehmer der größten brasilianischen Unternehmen stark belastet, wenn sie nicht schon im Gefängnis sitzen. Einzig auf Lula werden nach wie vor Hoffnungen gesetzt, auch wenn juristisch noch ungeklärt ist, ob er bei den Wahlen 2018 antreten wird. Außerdem wurde auf die zunehmende Repression im universitären Bereich verwiesen.

Die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft wurde allgemein als auf einem guten Weg eingestuft, wobei Temer strukturelle Veränderungen, die nachhaltig der brasilianischen Gesellschaft zu Gute kommen, vermissen lasse. Der Profit der neoliberalen Ansätze käme allein Unternehmen zugute, in vielen Fällen fließe dieser ins Ausland ab. Für das kommende Jahr sind eine Reihe von weitreichenden Privatisierungen angekündigt.

Der Umgang mit den Erdölfeldern vor Brasiliens Küste wurde in diesem Zusammenhang beispielhaft erwähnt. Noch 2010 wurde der halbstaatliche Erdölkonzern Petrobrás als Hauptunternehmen in der Vergabe der Förderlizenzen gehandelt. 30% der Einnahmen sollten in das Bildungs- und Gesundheitssystem fließen und damit einen Mehrwert für die brasilianische Bevölkerung bedeuten. Es kam zur Krise – wirtschaftlich für Petrobrás und politisch für die Führung der PT Regierung. Der Plan wurde geändert. 2015 wurden die Fonds ausgelöscht. Heute erhalten ausländische Firmen vom brasilianischen Staat Steuererleichterungen dafür, dass das Pré-Sal-Gebiet wirtschaftlich ausgebeutet werden soll. Die brasilianische Bevölkerung geht leer aus.

Die unbefriedigende und perspektivlose Situation äußert sich auch in anderen Bereichen. Die Arbeitslosenzahlen waren 2016 erneut angestiegen, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut aus der PT-Zeit waren nicht strukturell verankert und damit nicht nachhaltig. Temer sei ohne weitere politische Perspektive der ideale Mann, um die unliebsamen Sparmaßnahmen durchzupeitschen. Über einen Coup d'État sei er an die Macht gekommen (darüber gingen die Meinungen auseinander), für sein politisches Agieren fehle ihm die Legitimation der Wählerschaft. Dies könne zu weiteren gesellschaftlichen Unruhen führen, zumal der Wahlkampf weitere gesellschaftliche Grabenkriege erwarten ließe. Brasilien sei instabiler geworden und erweise sich gerade als schwache Demokratie. Eine politische Reform sei dringend nötig, allerdings nicht absehbar, wer diese vorantreiben könne.

Nach außen gerichtet sei Brasilien weiterhin vor allem um Autonomie und Entwicklung bemüht. Eine regionale Führungsrolle wegen seiner Größe gegenüber den südamerikanischen Nachbar-Ländern sei nach diversen politischen Wechsellagen eher im Rückgang begriffen. Wirtschaftliche Zusammenschlüsse für Handelsverbesserungen seien ohne große Auswirkung geblieben, Brasilien derzeit zu schwach und visionslos für eine Führungsrolle. Vorsichtige Annäherungen gab es zu den konservativen Regierungen Argentiniens und Mexikos. Das Wirtschaftsbündnis UNASUR wird derzeit ignoriert, weil es mit Lulas Initiative identifiziert wird. Brasilien war zuletzt nicht mehr in der Lage, bei politischen Konflikten schlichtend einzugreifen. Weder bei den kolumbianischen Friedensverhandlungen noch in den Konflikten in Venezuela konnte Brasilien sich einbringen.

Im globalen Maßstab sei schon unter der Regierung von Dilma Rousseff das politische Engagement auf wirtschaftliche Interessen beschränkt worden. Die angebahnte Süd-Süd-Kooperation ihres Vorgängers Lula sei aus haushalterischen Gründen eingestellt worden. Sie habe vor allem dem Zweck gedient, Brasilien einen Sitz im Weltsicherheitsrat zu ermöglichen. Auch die Aktivitäten innerhalb der BRICS seien eher pragmatisch wirtschaftlich ausgerichtet. Für Brasilien zählt weiterhin China, mit dem derzeit 16,5% der Handelsbeziehungen im Bereich commodities stattfinden. Auch in dem

Bereich hat es keine strukturellen Veränderungen gegeben. Brasiliens wirtschaftliche Zukunft wird als stark abhängig von den Entwicklungen in Asien (v.a. China und Indien) eingeschätzt, ohne dass dies einen eigenen starken Input im Wirtschaftsbündnis erfordert.

Sicherheitspolitisch hat vor wenigen Monaten der Einsatz der internationalen Friedenstruppe unter militärischer Führung Brasiliens auf Haiti geendet. Für das brasilianische Militär war dieser Einsatz ein willkommener Anlass zur Legitimierung von Ausgaben im Verteidigungshaushalt. Das originär brasilianische Konzept rechtfertigte Waffengeschäfte, neue Ausrüstung sowie den Bau und Erhalt eines großen Ausbildungszentrums für friedenserhaltende Maßnahmen in Rio de Janeiro. Das brasilianische Konzept wird erfolgreich vermarktet, gegenüber Vorwürfen aus der eigenen Bevölkerung genauso wie nach außen. Es soll zu einem Exportprodukt werden. Um dem Vorwurf zu entgehen, in angespannter Haushaltslage unnötig Mittel zu verschlingen, wird derzeit ein neuer Einsatzort gesucht. Die Zentralafrikanische Republik Kongo ist dabei im Gespräch. Die Zügel im Geschehen halten nach Einschätzung der Forscher*innen die Militärs selbst in der Hand. Der junge brasilianische Verteidigungsminister sei derzeit lediglich ihr Sprachrohr, das Außenministerium und der Präsident hingegen blieben hier eher sprach- und konturlos.

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinem strategischen Partner Brasilien wurde als überwiegend positiv eingeschätzt. Allerdings seien die bilateralen Regierungsgespräche von Merkel und Temer nicht zustande gekommen. Deutschland liegt an vierter Stelle, wenn man brasilianische Handelsbeziehungen anschaut. Brasilien ist außerdem der wichtigste Partner der EU in Lateinamerika. Deutschland und die EU betonten, dass sie sich ihrer Verantwortung in Menschenrechtsfragen bewusst seien. So habe der brasilianische Botschafter zuletzt den Direktor der Indigenenbehörde FUNAI und indigene Vertreter*innen empfangen.

KoBra Ausblick 2018

Beim Weltsozialforum 2018 in Salvador/BA sollen neue Verbindungen geknüpft und gemeinsam in die Zukunft gearbeitet werden. Der Ort ist nicht willkürlich gewählt. Einerseits trägt die PT Regierung des Bundesstaates Bahia das Vorhaben finanziell und ideologisch mit. Die Geschichte Salvadors, wo vier Fünftel der Bevölkerung afrikanische Wurzeln hat, passt auch in den Kontext. Der Titel „Widerstand heißt kreative Transformation“ erscheint im aktuellen Szenario gut gewählt. Es braucht den optimistischen Blick nach vorne, um nicht in Lähmung zu verfallen. Das linke transformatorische politische Projekt sieht sich im Wahljahr großen Herausforderungen gegenüber. Akteure aus der Jugendbewegung und die gelebten Alternativen für transformatorische Prozesse von z.B. traditionellen Gemeinschaften sind für eine nachhaltige Zukunftsvision elementar. KoBra wird beim Weltsozialforum dabei sein, anschließend am alternativen Weltwasserforum FAMA in Brasilia teilnehmen und über beides berichten.

Mit der KoBra-Frühjahrstagung¹⁶ zu Brasilien 2018: Wahlen, Wut und Widerstand ...und neue Macht des Agrobusiness steht auch die nächste Veranstaltung bereits fest. Sie wird vom 13.-15. April in Köln stattfinden. Die nächste **Frühjahrstagung mit Mitgliederversammlung** wird in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe **Lateinamerika Global Nachhaltig des Allerweltshauses Köln** veranstaltet. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sollen aktuelle Entwicklungen in Brasilien

¹⁶ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/2018/wahlen-wut-widerstand-...und-neue-macht-des-agrobusiness>

diskutiert werden. Was sind aktuelle Tendenzen im Agrobusiness? Welche Auswirkungen hat dies auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung auf dem Land? Über diese und ähnliche Fragen wollen wir mit **Camila Nobrega** (Universität Berlin), **Mario Schenk** (Freie Universität Berlin) und **Vertreter*innen der MST** (brasilianische Bewegung der Landlosen) ins Gespräch kommen.